



Bildungsfreistellung für fünf Tage im Jahr

Vom Thüringer Landtag beschlossenes Gesetz stärkt die Rechte der Beschäftigten

Mit dem am 8. Juli vom Thüringer Landtag beschlossenen Bildungsfreistellungsgesetz schafft die rot-rot-grüne Koalition einen Anspruch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf berufliche Freistellung von bis zu fünf Tagen pro Jahr für die Weiterbildung.

„Das neue Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz stärkt die Rechte der Beschäftigten, mit dem Gesetz setzt die rot-rot-grüne Koalition einen wesentlichen Punkt ihrer bildungspolitischen Ziele um. Der vorhergehenden Regierung war dies trotz mehrfacher Anläufe nicht gelungen“, erklärte Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE und Landespartei-vorsitzende.

Das Gesetz schaffe bildungspolitische Normalität und führe Thüringen aus einem Rückstand heraus. „Die pauschale Kritik der CDU führt völlig ins Leere, denn das Gesetz berücksichtigt auch sehr weitgehend die Belange der Thüringer Unternehmen, vor allem der kleineren, insbesondere durch einen weitreichenden Überlastungsschutz. Dass die Thüringer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die im Gesetz enthaltenen Möglichkeiten auch wahrnehmen können, macht für Rot-Rot-Grün ein Stück neue Qualität im Bildungsland Thüringen aus, über das andere nur geredet haben.“ Die LINKE-Politikerin dankte allen, „die dieses wichtige Gesetz gemeinsam auf den Weg gebracht haben“.

In der Landtagsdebatte hatte für die Linksfraktion zunächst Christian Schaft gesprochen und darauf verwiesen, dass mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Januar 2016 nur noch die Länder Sachsen und Bayern kein ähnliches Gesetz vorzuweisen haben. „Auch das zeigt, dass dieses Gesetz längst überfällig war, um ein klares Zeichen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Freistaat zu senden“.

Das Gesetz sichert einen Mindestanspruch

Der Abgeordnete weiter: „Und dieser Vorstoß der rot-rot-grünen Landesregierung kommt auch entgegen der Meinung der Opposition gut in der Thüringer Bevölkerung an. Das legen die Zahlen nahe, die heute auch im Rahmen der Insa-Umfrage veröffentlicht wurden. Demnach bewerteten die Befragten das Bildungsfreistellungsgesetz als überwiegend gut.“

Und, auch das sei an dieser Stelle hervorzuheben, die Befragten stimmen dem Gesetz umso mehr zu, desto jünger sie sind. Das ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass vor allem Auszubildende und junge Arbeitnehmer dieses Gesetz begrüßen. Und das ist für uns auch ein Zeichen, dass wir damit ein wichtiges und gutes Projekt auf den Weg gebracht haben.“

Christian Schaft betonte in seiner Rede den Leitgedanken des Bildungsfreistellungsgesetzes, nämlich „bessere Möglichkeiten für das lebenslange Ler-

nen zu schaffen“. Den Arbeitnehmern soll die Möglichkeit eröffnet werden, „sich nicht nur in ihrem Beruf fachlich weiterzubilden, sondern eben auch, sich gesellschaftspolitisch zu informieren sowie Kenntnisse zur Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zu erwerben. Die Beschäftigten, die einen Wunsch auf Weiterbildung haben, können dank dieses Gesetzes unter Fortzahlung ihrer Bezüge vom Arbeitgeber freigestellt werden. Das Gesetz, und das ist an dieser Stelle noch einmal zu betonen, sichert einen Mindestanspruch!“

Und es „droht nicht der Untergang des Abendlandes“

„Gleichzeitig soll es die Tarifpartner ermutigen und ihnen aber auch die Möglichkeit geben, eigene Regelungen zu verabschieden, welche die Bildungsfreistellung entsprechend den Anforderungen der Branche weiter verbessert. Dabei haben auch nur tarifvertragliche Regelungen Vorrang vor dem Gesetz, die zugunsten des Arbeitnehmers ausfallen.“

In der Debatte hatte auch Torsten Wolf, Bildungspolitiker der Linksfraktion, das Wort ergriffen. Die CDU erwecke den Eindruck, als drohe mit diesem Gesetz „der Untergang des Abendlandes“, aber wie beim Mindestlohn „werden wir sehen, dass auch die Wirtschaftsvertreter ihren Frieden damit machen können“.

KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

Mindestlohngipfel

Der Dialog in Thüringen nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes – kürzlich erst wieder auf dem inzwischen schon zweiten Mindestlohngipfel des Thüringer Arbeitsministeriums geführt – bestätigt, dass der Mindestlohn wirkt.

Weder gibt es die heraufbeschworene Vernichtung von Arbeitsplätzen, noch hat die Arbeitslosigkeit in Thüringen zugenommen. Der Aufschrei der Wirtschaft verhallt mehr und mehr durch mehr Aufklärung und Information. Auch Kontrollen sind selbstverständlich nötig, wenn das Mindestlohngesetz kein zahnloser Papiertiger bleiben soll.

Der Mindestlohn von 8.50 Euro gilt seit einem halben Jahr, und es ist richtig, die bisher gesammelten Erfahrungen zu diskutieren. Deshalb ist der offene Dialog von Beschäftigten, Gewerkschaften, den Kammern und den Arbeitgebern der verschiedenen Branchen sehr zu begrüßen, den die Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner (LINKE), initiiert hat.

Deutlich wurde: Das Arbeitsrecht gilt, ebenso das Arbeitszeitgesetz. Arbeitszeitaufzeichnungen sind kein Selbstzweck, sondern sie haben eine Schutzfunktion insbesondere für Arbeitnehmer, aber auch für Arbeitgeber. Die Ausführung der Aufzeichnungen kann delegiert werden, was allerdings den Unternehmer nicht von seiner Verantwortung für die Dokumentation entbindet.

Bernhard Pohlmann vom Hauptzollamt Erfurt erläuterte, dass bisher der Zoll in Thüringen 5.800 Personen befragt und 880 Geschäftsunterlagen geprüft hat. Die Prüfungen erfolgen verdachtsunabhängig und haben bisher keine großen Überraschungen gebracht. Im übrigen gelte AUFKLÄRUNG vor Ahnung, legte die Vertreterin des Bundesministeriums für Finanzen dar.

Als Problem wurde nochmals die Auftraggeberhaftung benannt, die auch für den öffentlichen Bereich gelten sollte. Destruktiv ist es ebenfalls, dass Arbeitgeber die Arbeitszeit in verschiedenen Bereichen absenken und so Vollzeitkräfte zu Teilzeitkräften geworden sind.

Dieser Prozess ist nicht gewollt und muss weiter kritisch beobachtet werden, so wie das Gesamtprojekt der Umsetzung des Mindestlohns insgesamt. Dem wird sich die Fraktion DIE LINKE gerne stellen.

AKTUELL

Russlandsanktionen richten große Schäden an

Anlässlich der aktuellen Zahlen des Landesamtes für Statistik zum Thüringer Außenhandelsvolumen mit der Russischen Föderation, erklärte Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Seit 2012 sind die Thüringer Exporte nach Russland um 20 Prozent eingebrochen. Noch schlimmer wirkt sich die politische Situation auf die Importe Thüringens aus, wo seit dem Erlass der Sanktionen Rückgänge um mehr als zwei Drittel zu verzeichnen sind.“

Dieter Hausold sieht diese Entwicklung kritisch, da zugleich die politischen Fortschritte im Nachgang der Sanktionen nicht zutage treten:

„Der Konflikt in der Ukraine schwelt unentwegt weiter. Weder das Kämpfen in der Ukraine hat seitdem ein Ende gefunden, noch ist in der Krimfrage irgendein Fortschritt erzielt worden. Deshalb muss die Frage erlaubt sein, ob die Wirtschaftssanktionen sich als das richtige Mittel der Wahl darstellen. Die LINKE hatte von Anbeginn diese Politik kritisiert und stattdessen eine stärkere Einbeziehung Russlands in die Verhandlungen mit dem Ziel eines fairen Interessenausgleichs in der gesamten Region gefordert.“

„Die wirtschaftlichen Sanktionen sind nachweislich zum Nachteil der breiten Bevölkerung in der Russischen Föderation und sie belasten die wirtschaftliche Entwicklung in der EU. Auch die deutlichen Auswirkungen auf Thüringen sind spätestens jetzt offen-

sichtlich. Die Sanktionen haben auf der anderen Seite keinen merklichen Beitrag zu einer politischen Lösung des Ukraine-Konflikts geleistet.“

Während es also der Bevölkerung schlechter geht, sitzen die politischen Eliten Russlands eher fester im Sattel als 2012. Es wäre deshalb dringend geboten, die Auswirkungen der Sanktionspolitik zu überprüfen und diese gegebenenfalls zu beenden“, betonte der LINKE Wirtschaftspolitiker.

Das statistische Landesamt hatte mitgeteilt, dass seit 2009 der Anteil der Importe aus Russland an allen Importen Thüringens von 6,1 Prozent auf 0,8 Prozent im Jahr 2014 gesunken ist. Der Russland-Export sank von 420 Millionen Euro im Jahr 2012 auf 340 Millionen Euro im Jahr 2014.